**Bezugspreis** für Oktober durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
**Beilagen:** „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
**Sonder-Ausgaben:** Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
**Redaktion und Verlag** Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr 2448 2449 und 2450.
**Geschäftsstelle:** Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
**Berliner Redaktion:** Paul Fr. Hügen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

# Münsterischer Anzeiger
## und Münsterische Volkszeitung

**Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.**
**Anzeigen:** Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel, und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
**Reklamen:** Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
**Beilagen:** Gebührenberechnung nach Gewicht.
**Postscheck-Konto** Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

**Morgen-Ausgabe.** Donnerstag, den 20. Oktober 1927 76. Jahrgang. Nr. 1075

## Die Truppenverminderung im besetzten Gebiet.

**Erklärungen des Staatssekretärs Schmid.**

= **Berlin**, 19. Okt. **(Tel.)**

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete nahm heute seine Arbeiten wieder auf, um zunächst die Frage der Saargänger-Unterstützung zu behandeln. Ein kommunistischer Antrag ersucht die Reichsregierung, zur Behebung der schlimmsten Not der werktätigen Bevölkerung des Saargebietes und seiner Grenzgebiete, genügend Reichsmittel bereitzustellen, um dringende Maßnahmen sofort durchzuführen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellten die Abgeordneten Hofmann-Ludwigshafen (Ztr.) und von Dryander (DN.) Anfragen nach der angekündigten Verminderung der Stärke der Besatzungstruppenzahl, insbesondere nach der Stärke der Truppen in der Pfalz.

Staatssekretär Schmid gibt hierzu folgende Darstellung: „Im Auftrage des Reichsministers für die besetzten Gebiete hat sich der Reichskommissar zu General Guillaumat nach Mainz begeben, um dort in eingehenden Ausführungen die deutschen Wünsche vorzutragen. Bestimmte Erklärungen sind hierauf nicht gegeben worden. Es ist zugesagt worden, die Wünsche dem französischen Kriegsministerium weiterzugeben. Inzwischen ist dem Generaldelegierten der Reichsvermögensverwaltung eine Mitteilung zugegangen, nach der am 25. Oktober die Truppenverschiebung der Besatzungsarmeen folgendermaßen vor sich gehen wird:

a) aus der belgischen Zone werden 800 Mann aus den Orten Geilenkirchen und Lindern zurückgezogen.

b) Die britische Rheinarmee räumt Idstein vollständig und zieht aus Königstein einige Kompagnien zurück. Gesamtabgabe etwa 1050 Mann.

c) Die französische Rheinarmee nimmt aus Düren einen Divisionsstab sowie eine Artillerie-Abteilung zurück. Dagegen wird ein Jäger-Bataillon hierher gelegt. Aus Euskirchen wird ein Jäger-Bataillon zurückgezogen. Aus Koblenz-Ehrenbreitstein werden zwei Maschinengewehr-Jägerbataillone und ein Infanterie-Bataillon mit zusammen 1470 Mann zurückgezogen. Aus Ems verschwindet ein Infanterie-Bataillon, das aber durch ein anderes ersetzt wird. Aus Diez werden zwei Bataillone mit 1496 Mann zurückgezogen.

Aus Kreuznach wird ein Stab zurückgezogen. In Trier verschwindet der Stab des 33. Armeekorps mit 342 Köpfen, eine Telegraphen-Abteilung, eine Train-Eskadron, ein Auto-Train und eine Pionierabteilung. Dagegen kommen ein Divisionsstab und drei Abteilungen Artillerie neu hinzu. Aus Mainz wird eine Pionierkompagnie zurückgezogen. In Worms wird ein abziehender Truppenteil durch einen neuen ersetzt, während Worms-Pfiffligheim von einem Infanterie-Bataillon mit 800 Mann befreit wird. Aus Landau werden 522 Mann zurückgezogen werden. Aus Germersheim wird eine Artillerie-Abteilung mit 190 Mann zurückgezogen. Neustadt erhält anstelle des Flieger-Regiments und der Maschinengewehr-Abteilung zwei Infanterie-Bataillone. Die Belgier ziehen demnach ungefähr 800, die Engländer 1050 und die Franzosen 6500 Köpfe zurück. Die restliche Verminderung des französischen Kontingentes soll durch Maßnahmen technischer Art wie Zurücknahme der Stäbe, Einstellung von weniger Rekruten und Verminderung der Verwaltungsdienststellen erreicht werden.

Die gesamte Besatzungsstärke soll künftig für das französische, belgische und englische Kontingent 60 000 Mann betragen."

Weiter beschäftigte sich der Ausschuß dann mit der Frage der Saargänger-Unterstützung. In Anerkennung der dringenden Notlage wird die Gewährung von Fahrtentschädigungen mit dem 1 November wieder aufgenommen werden. Gewährung von Unterstützungen an die Saar- und Elsaß-Gänger muß die Reichsregierung ablehnen.

## Die Konferenz der preußischen Ober- und Regierungspräsidenten.

‡ **Berlin**, 19. Okt. Im weiteren Verlauf der gemeinsamen Sitzung der Ober- und Regierungspräsidenten (vergl. M. A. 1073) erfolgten Vorträge von Referenten über Personalfragen. In der Aussprache führte der Innenminister u. a. aus, daß er keineswegs die Polizeioffiziere nach ihrer Parteizugehörigkeit werte, allerdings fordere er unbedingt gerade von den Polizeioffizieren als Angehörigen der Exekutive des Staates und Erziehern der jüngeren Offiziere und Beamten eine unbedingt staatsbejahende Einstellung. Der Minister wies ferner auf den Unterschied zwischen Polizei und Militärdienst hin. Die polizeiliche Ausbildung sei kein Kompagnieerzieren. Auf die Frage der Qualifikationen eingehend, betonte der Minister u. a., daß die Bewertung der Beamten zum Zwecke der Beurteilung erfolge ob sie zur Beförderung und Verwendung in selbständigerer Stellung geeignet seien.

Nach einem weiteren Vortrag über Verkehrsfragen führte Ministerialdirektor Dr. von Leyden in einem längeren Vortrage aus, welche Richtlinien und Vorschriften bei der Genehmigung der Nachtragsetats der Gemeinden zu gelten hätten. Er sprach weiter über die Steuersenkung und über die Vorschriften des Reichsrahmengesetzes, über Realsteuern. Auch an diesen Vortrag schloß sich eine Aussprache, der ein weiterer Vortrag über landwirtschaftliche Fragen folgte.

Die Konferenz schloß mit Dankesworten des Ministers an die Teilnehmer.

**Die Berliner Konferenz der Finanzminister der Länder.**

w **Berlin**, 19. Okt. **(Tel.)** Die Finanzminister der Länder sind heute nachmittag um 4 Uhr im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Köhler zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten, die den Fragen der Beratungsstelle für Auslandsanleihen galt. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wurden die Beratungen gegen 8 Uhr abends auf morgen vertagt.

## Zur Abwicklung der Rentenbankschulden

= **Berlin**, 19. Okt. **(Tel.)** Das Reichsernährungs-Ministerium teilt mit: Angesichts verschiedener, zum Teil sich widersprechender, zum Teil einseitiger und unrichtiger Mitteilungen, die über eine vertrauliche Sitzung im Reichsernährungs-Ministerium über die Kreditlage der Landwirtschaft in die Öffentlichkeit gelangt sind, muß festgestellt werden, daß zwischen den amtlichen Stellen, den Zentralkredit-Instituten und den landwirtschaftlichen Spitzenverbänden, über den Ernst der Lage durchaus Einmütigkeit bestand. Das Ergebnis der sehr eingehenden Beratungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Rentenabwicklung auf jeden Fall durchgeführt werden soll und daß die landwirtschaftlichen Spitzenverbände darauf hinwirken sollen, daß jeder Landwirt, der irgend dazu imstande ist, seinen Verpflichtungen nachkommt. Wenn dies geschieht, werden die Kreditinstitute in der Lage sein, durch sorgsamste Prüfung im Einzelfall eine Existenzgefährdung der Betriebe zu vermeiden. Die Besprechung ergab ferner, daß die Finanzierung der genossenschaftlichen Düngemittel-Lieferungen voraussichtlich in dem gleichen Umfang wie im Vorjahre, möglich sein wird.

# Die Debatte über das Reichsschulgesetz.

## Der zweite Tag.

8 **Berlin**, 19. Okt. **(Drahtb. unserer Berliner Schriftleitung.)**

Der Reichstag setzte heute die Besprechung des Reichsschulgesetzes fort. An erster Stelle kam die Volkspartei durch ihren Abgeordneten Dr. Runkel zu Wort, der ausführlich über den Gesetzentwurf sprach und alle Bedenken seiner Partei vorbrachte. Schon im Kabinett hätten sich die volksparteilichen Minister ausdrücklich in einigen Punkten ihre Stellung vorbehalten, und die Fraktion selbst sei ohnehin in ihrer Entscheidung auch ohne diese Zurückhaltung ihrer Minister frei. Der Redner brachte die bekannte Ansicht der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck, nach der die Gemeinschaftsschule gemäß der Verfassung den Vorrang habe. In diesem Punkte glaubte er in dem Entwurf eine Verfassungswidrigkeit zu erblicken. Weiter forderte er für die Simultanschulländer unbedingten Schutz der dort schon eingebürgerten Simultanschule, und verlangte, mindestens die weiteren Bestimmungen den Ländern zu überlassen. Diese Bedenken gingen aber nicht so weit, daß man, wie das einige Linksblätter tun, in den Erklärungen Dr. Runkels eine scharfe Opposition gegen den Regierungsentwurf erblicken kann, im Gegenteil spricht für den Verständigungswillen der Deutschen Volkspartei der Schlußsatz seiner Rede, in dem er den Entwurf als eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen ansieht. Man kann also doch nicht gut von einer Einigung der liberalen Front gegen den Gesetzentwurf sprechen, wenn auch die demokratische Abgeordnete Frau Dr. Bäumer in noch viel schärferer Form gegen das Gesetz Stellung nahm. Interessant ist im übrigen, daß das „Berliner Tageblatt" in seiner Morgenausgabe vom Donnerstag es als bedauernswert kritisiert, daß die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei mit Ausnahme eines Abgeordneten, bei der Rede Frau Dr. Bäumers den Sitzungssaal gemieden haben und selbst der Abgeordnete Runkel entgegen sonstiger Gepflogenheit es nicht für nötig gehalten habe, die Argumente Frau Bäumers kennen zu lernen. Das „Berliner Tageblatt" betont selbst, daß der geistige Abstand zwischen den Reden Runkels und Frau Bäumers sehr groß gewesen ist. Recht lebhaft trat dem Entwurf auch die Kommunistin Frau Zetkin entgegen, die die Weltlichkeit aller Schulen forderte und mit einem dreifachen „Pfui" gegen alle diejenigen ihre Rede schloß, die die Jugend als politisches Handelsobjekt ansehen wollen. Dieses „Pfui" trifft allerdings am allermeisten die Kommunisten selbst, die ja wie keine andere Partei bei jeder Gelegenheit, seien es nun politische Umzüge, seien es Demonstrationen, Kinder aufmarschieren läßt. Der Abgeordnete Bredt, der Führer der Wirtschaftspartei, findet in dem Entwurf keine klare Linie, wenn er ihm auch in seiner Gesamttendenz zustimmt. Jedenfalls wünscht auch er die Erhaltung der bestehenden Simultanschule und betont, daß es den Ländern selbst überlassen sein muß, ob sie diese bestehen lassen wollen oder nicht. Für die Bayerische Volkspartei sprach Frau Abgeordnete Lange-Brumann, die den Entwurf als geeignete Grundlage zur Weiterarbeit im Bildungsausschuß ansieht, und im übrigen betont, daß er sich vielleicht auf fünf Paragraphen hätte beschränken sollen, um alles weitere der Ländergesetzgebung zu überlassen. Aus ihr sprach immer wieder die bayerische Eigenart. Nach ihrer Ansicht sollte keine Schulform eine Vorzugsstellung erhalten, weil man dann in einigen Jahren erkennen werde, welche Form am lebensfähigsten ist. Von Bedeutung waren dann noch die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Löwenstein, der die Verweltlichung des Schulwesens als die notwendige Konsequenz der geschichtlichen Entwicklung in Reich, Ländern und Gemeinden ansieht und Entscheidung des Staatsgerichtshofes darüber anfordert, ob dieses Gesetz verfassungsändernd ist oder nicht.

Morgen wird die erste Beratung zu Ende geführt, und dem Zentrum ist dann noch Gelegenheit gegeben, durch seine Abgeordneten Schreiber und Hofmann-Ludwigshafen auf Einzelheiten der Vorlage und einige in der Debatte vorgebrachte Einwendungen einzugehen. In der Rede des Abgeordneten Runkel sieht man zurzeit im Zentrum nicht die geringsten Bedenken, Deshalb ist es auch völlig unzutreffend, daß sich die Zentrumsfraktion, wie das „Berliner Tageblatt" in seiner Morgen-Vorausgabe bemerkt, nach der Sitzung mit dieser Rede beschäftigt hat.

*

pd **Berlin**, 19 Okt. **(Tel.)**

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 13 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht nur die Fortsetzung der

**ersten Lesung des Reichsschulgesetzes.**

Das Wort erhält sofort der

**Abg. Dr. Runkel (D. V.)**

Er stellt fest, daß die volksparteilichen Minister im Kabinett ausdrücklich in einigen Punkten ihre Stellungnahme vorbehalten und diesen Vorbehalt mit Einverständnis der übrigen Minister in der Öffentlichkeit bekannt gemacht haben. Darüber hinaus hätten die beiden Minister die Stellung ihrer Fraktion zu dem ganzen Gesetzentwurf ausdrücklich vorbehalten. Die Fraktion erkenne den Gesetzentwurf als brauchbare Grundlage für Verhandlungen an, sei aber in der Stellung von Abänderungsanträgen und somit in ihrer Stellungnahme zur endgültigen Verabschiedung des Entwurfes völlig frei. Sie sei grundsätzlich damit einverstanden, daß der Bekenntnisschule die verfassungsmäßige Stellung gegeben werde, ihre Ausgestaltung dürfe aber nicht auf Kosten anderer ebenso verfassungsmäßig berechtigter Schulformen geschehen. Es dürfte kaum einem Widerspruch begegnen, daß die für Alle gemeinsame Grundschule nach der Verfassung die Volksschule ist und daß diese Volksschule der alten Simultanschule gleich sein und eine Vorzugsstellung haben soll. Sie soll also die Regelschule sein. Theoretisch wird in dem Entwurf diese Vorzugsstellung anerkannt, die praktische Ausführung macht diese Anerkennung wieder zunichte. In diesem Falle würde der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit eine nicht zu verkennende Berechtigung haben. Die Deutsche Volkspartei fordert daher, daß alle Schulen, die seit Jahren Gemeinschaftsschulen sind, auch solche bleiben und daß alle neu errichteten Schulen, wenn kein rechtsgültiges Antragsverfahren auf Einrichtung einer Bekenntnisschule vorliege, ohne weiteres ebenfalls Gemeinschaftsschulen sind.

Der Redner fordert den christlichen Charakter der Gemeinschaftsschule, so wie er in den alten Simultanschulen festgelegt sei. Für die Deutsche Volkspartei bedeute Artikel 174 der Verfassung keine Schonfrist, sondern eine Schutzfrist. Die in den Simultanländern eingebürgerte Reichstypschule oder Normalschule solle geschützt werden vor dem Antragsverfahren der Erziehungsberechtigten, deren Wille nach der Verfassung nur möglicht prinzipiell sichtigen sei. Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei in dieser Frage entspreche einer liberalen Tradition, an der sie sich nicht versündigen wolle und könne. Sie beantrage daher die Beibehaltung des bisherigen Rechtszustandes in den Ländern, wo die christliche Simultanschule allgemein anerkannt bestehe. Das gelte auch für einzelne Gebiete der Länder, in denen die Simultanschule geschichtlich geworden sei. Auf jeden Fall aber könnten nur die Länder selbst darüber bestimmen, wann sie das Schulgesetz in ihren Bezirken zur Durchführung bringen wollen.

Der Redner lehnt weiter eine Auslegung ab, wonach jede Schulform ein geordneter Schulbetrieb sei. Eine solche Auslegung entspreche nicht dem Gang der Verhandlungen in Weimar. Die Schaffung von Zwergschulen würde die Zertrümmerung der Schule zur Folge haben. Zu diesem Schul-Chaos könne die Deutsche Volkspartei die Hand nicht bieten. Eine Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht müsse vermieden werden, nicht aus Abneigung vor der Kirche, sondern um der Kirche willen. Einer eingehenden Prüfung bedürfe die Kostenfrage. Trotz aller Bedenken sei der Entwurf eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen.

**Abg. Frau Dr. Bäumer (Demokratin)**

bedauert, daß von den Regierungsparteien die Debatte in einer Form geführt sei, die mit dem bestehenden Problem sich überhaupt nicht ernsthaft auseinandergesetzt habe. Es bestehe gar kein Zweifel darüber, daß der vorliegende Entwurf verfassungswidrig sei. Auch das Reichsgericht habe in zwei Entscheidungen ganz unzweideutig ausgesprochen, daß die Gemeinschaftsschule als Regel zu betrachten sei. Wenn die demokratische Fraktion der Ausschußüberweisung zustimme, dann tue sie das nur aus Rücksicht auf die Gepflogenheit des Hauses. Durch die Vorlage würden weltanschauliche Gegensätze gewaltsam und über das natürliche Bedürfnis und Gefühl der Mehrheit des Volkes hinaus verschärft und vertieft. Aus unserer geistigen Lage heraus habe sich die weltanschauliche Einstellung der höheren Schule als Gemeinschaftsschule mit getrenntem Religionsunterricht zwanglos ergeben. Es sei nicht einzusehen, warum das in der Volksschule grundsätzlich anders sein solle. Die demokratische Partei lehne diesen Riß im Aufbau und Leben der Einheitsschule grundsätzlich ab. Sie werde sich nachdrücklich dafür einsetzen, daß in allen Ländern in denen die Schulentwicklung die Simultanschule in irgend einer Form verwirklicht hat, diese Simultanschule vor der Zerstörung durch das Gesetz geschützt wird. Sie sehe auch in der weltlichen Schule als Antragsschule eine ebenso große Gefahr. Staat und Gemeinden würden durch den Entwurf jeder Verfassungsmöglichkeit über die Schule beraubt. Das Schicksal der Volksschule werde dem Kampf der Kulturparteien restlos preisgegeben. Auch die demokratische Partei respektiere die elterliche Verantwortung für die weltanschauliche Erziehung des eigenen Kindes. Das Gesetz gebe aber der Elternschaft das Recht, durch Mehrheitsabstimmung auch über die Kinder anderer zu entscheiden. So werde neben der Demokratie der bürgerlichen Gemeinde eine zweite Demokratie der Erziehungsberechtigten eingebaut.

**Abg. Frau Zetkin (Komm.)**

wird von einigen Parteifreunden zur Rednertribüne geleitet. Trotz ihres hohen Alters nimmt die Rednerin temperamentvoll zu dem Gesetzentwurf Stellung. Sie bekämpft ihn, da er die Klerikalisierung der Schule bringe. Die Sozialdemokratie habe in der Schulfrage die Interessen der Arbeiterschaft nicht gewahrt. Wenn so etwas an dem grünen Holz der Sozialdemokratie geschehe, was solle man dann von dem dürren Holz der Deutschnationalen erwarten. Die Erziehung zur revolutionären internationalen Solidarität des Proletariats müsse erzwungen werden. Das Gesetz trage die religiösen und weltanschaulichen Kämpfe in die Gemeinde und in die Familie hinein. Die Kommunisten verlangten nicht einzelne Weltanschauungsschulen, sondern volle Weltlichkeit aller Schulen.

**Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.)**

sieht in dem Reichsschulgesetz eine der schwierigsten Materien, die je den Reichstag beschäftigt haben. Der Redner erinnert daran, daß er selbst vor einiger Zeit den Entwurf eines Reichsschulgesetzes eingebracht habe, daß aber das Zentrum leider verhindert habe, daß die Vorlage im Ausschuß beraten wurde. In der Schulfrage scheine bei den Parteien vollkommene Verwirrung zu herrschen. Das deutsche Volk werde vernünftig genug sein, um sich in seiner Mehrheit für die christliche Schule zu entscheiden. Der Redner stimmt der Gesamttendenz der Vorlage zu.

**Abg. Frau Dr. Lang-Brumann (DV.)**

sieht in dem Gesetzentwurf eine brauchbare Grundlage zur Weiterarbeit. Er hätte freilich einfacher gestaltet werden müssen und auf fünf Paragraphen beschränkt werden können. Alles weitere hätte man der Landesgesetzgebung überlassen können. Keine Schulform sollte eine Vorzugsstellung erhalten. In einigen Jahren wird sich dann herausstellen, welche Schulform am lebensfähigsten ist. Die Rednerin weist den Vorwurf zurück, als ob die Regierungsparteien mit dem Schicksal der Jugend politische Geschäfte betreiben wollten. Dazu sei ihnen die Jugend zu heilig.

**Abg. Scholem (linker Komm.)**

erklärt, es seien lediglich Eiertanzreden zum Schulgesetz gehalten worden. Aus einigen Reden habe man den Eindruck gewinnen können, als ob es sich um einen Zeitvertreib, wie er in katholischen Sonntagsblättern stehe, handele. In der Schulfrage habe die Sozialdemokratie sich von den bürgerlichen Liberalen völlig ins Schlepptau nehmen lassen, aber auch mit dem dreimaligen Pfui der Frau Zetkin sei es nicht getan. Die russische Schule sei geradezu vorbildlich. Sie entspreche dem Ideal der internationalen revolutionären Arbeiterschaft.

**Abg. Dietrich-Franken (Nationalsozialist)**

bedauert, daß in der Schule zu wenig Rassenkunde getrieben werde. Auch die germanischen Göttersagen kämen zu kurz. Der Redner erklärt sich für die Gemeinschaftsschule auf deutscher Grundlage. Die Gleichstellung der jüdischen Schule müsse entschieden abgelehnt werden. Der Redner erklärte, daß seine Partei gegen den Entwurf schwerste Bedenken habe und ihn in seiner jetzigen Form ablehne.

**Abg. von Graefe (Völk.)**

hält den Zeitpunkt für ein Reichsschulgesetz für denkbar ungünstig, weil keine Einigkeit im Volke bestehe. Auch in der Regierung seien merkwürdige Gegensätze vorhanden. Der Staat müsse die Schulhoheit haben, wenn er eine Zusammenfassung des Volkstums darstelle. Es bestehe die Gefahr, daß wir im Süden eine Schule unter römisch-katholischem Einfluß bekommen und im Norden eine internationale Völkerbundsschule. Der Einfluß der Eltern müsse gewahrt bleiben.

**Abg. Löwenstein (Soz.)**

tritt für die weltliche Schule ein. Diese Schulform sei das Ideal der Sozialdemokratie, also der größten Partei Deutschlands. Die Verweltlichung des Schulwesens sei die notwendige Konsequenz der geschichtlichen Entwicklung in Reich, Ländern und Gemeinden. Die Sozialdemokraten wollten praktische Mitwirkung der Eltern im Schulleben, lehnten aber ein politisches Elternrecht ab. Der Staatsgerichtshof werde darüber zu entscheiden haben, ob dieses Gesetz verfassungsändernd ist.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Donnerstag 13 Uhr vertagt. (Außerdem: Besoldungsvorlage).

Zum Schluß entspinnt sich eine heftige Auseinandersetzung über die Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung. Die Kommunisten verlangen die Besprechung des Streikes in Mitteldeutschland. Der Antrag wird abgelehnt. Ebenso abgelehnt wird der kommunistische Antrag, das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsarbeitsminister auf die Tagesordnung zu setzen.

Schluß nach 19 Uhr.

## Zur Beamtenbesoldungsreform.

Von Adam Stegerwald, M. d. R.

Die Ausführungen über den gleichen Gegenstand, die ich vergangener Woche in westfälischen Zentrumsversammlungen gemacht habe, haben in Beamtenkreisen eine gewisse Unruhe hervorgerufen. Das kann nur von der bruchstückweisen Veröffentlichung in den verschiedensten Zeitungen kommen, auf die ich keinen Einfluß habe nehmen können. In den Versammlungen selbst, in denen überall Beamte zugegen waren, und in denen meistens eine Aussprache stattgefunden hat, war jedenfalls von einer „Erregung" nichts zu merken. In Westfalen habe ich nicht eine „Tagesrede" gehalten, sondern auch Zukunftssaat zu streuen und die Zuhörer in größere staatspolitische, volks- und weltwirtschaftliche Zusammenhänge einzuführen versucht. In Beamtenkreisen redet man viel von „Berufsbeamtentum"; zu wenig aber denkt man darüber nach, daß in einem demokratischen Staat (im Gegensatz zum früheren Obrigkeits- und Beamtenstaat, dessen Wesen darin bestand, daß er von Beamten geleitet und geführt wurde, während die breiten Volksschichten selbst in ihm an den Staatsgeschicken keinen ausreichenden Anteil genommen haben), je größer der Kreis des Berufsbeamtentums ist, desto mehr das Berufsbeamtentum selbst gefährdet wird. Daher sagte ich in Westfalen, daß zwei Millionen Berufsbeamte und demokratischer Staat, zutiefst gesehen, ein Widerspruch in sich selbst sei. Diesen Dingen müsse der Staatspolitiker ins Auge sehen. Das ist an sich nichts Neues, da beispielsweise Eisenbahn und Post schon heute eine andere Struktur aufweisen, wie im alten Staat; diese Unternehmungen dürften in absehbarer Zeit noch weiteren Wandlungen unterworfen sein. Auch in den Gemeinden sind, wie in den fraglichen Versammlungen ausgeführt wurde, schon gewisse Wandlungen zu beobachten. An der größtmöglichsten Sicherung der Existenz und der Versorgung der Beamten im Alter braucht deswegen eine wesentliche Änderung nicht einzutreten. Diese Fragen sind aber für den Augenblick nicht brennend; ständig aufschieben lassen sie sich freilich nicht.

Was die gegenwärtige Beamtenbesoldungsreform betrifft, so besteht darüber, daß viele Beamte eine materielle Besserstellung benötigen, keine Meinungsverschiedenheit. Nur über das „Wie" und das „Ausmaß" der Beamtenbesoldung besteht keine Meinungsübereinstimmung. Die differierenden Auffassungen liegen auf volkswirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Die gegenwärtig in Aussicht genommene Beamtenbesoldungsreform wirkt sich für Reich, Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften (Reichsbahn und Reichspost) auf etwa 1½ Milliarden Mark Mehrausgaben aus. Doppelt falsch ist, wie einige kapitalistische Blätter behaupten, daß die Arbeiter in der Privatindustrie den Beamten lohn- und preispolitisch vorausgeeilt seien. Die Bergarbeiter haben seither im Reichskohlenrat im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister alle Anträge der Unternehmer auf Kohlenpreiserhöhungen abgelehnt. Nun sagen sie: Allein sind wir auch nicht die Dummen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Rohstoff und internationalen Zweckbedarfsindustrien.

Gegenwärtig stehen wir — weltwirtschaftlich gesehen — vor folgender Situation: In Amerika und England ist der Preisindex in den letzten Jahren wesentlich gesenkt und damit die Kaufkraft des Schilling und Dollar stark erhöht worden. In Deutschland verlief in der gleichen Zeit die Entwicklung umgekehrt: Bei uns steigt der Preisindex und sinkt die Kaufkraft der Mark ständig. Dabei hat Deutschland erst ⅔ des Anteils am Welthandel erreicht im Vergleich zu 1913. So besteht die Gefahr, daß anstatt zu einer weiteren Belebung der deutschen Wirtschaft zu kommen, durch eine neue Preisbewegung eine Drosselung der Wirtschaft herbeigeführt und damit schließlich in eine neue große Arbeitslosigkeitperiode hineingesteuert wird. Bei der Gesamtbetrachtung wird daher weitgehend die Meinung vertreten, daß die Beamtenbesoldung in geringerem Ausmaß, wie in Aussicht genommen, durchgeführt werden sollte, dafür aber nachdrücklich alle möglichen Mittel aufzubieten seien, um in Deutschland, ähnlich wie in England und Amerika, zu einer Preissenkung zu gelangen und die deutsche Wirtschaft einem wirklichen, soliden Gesundungsprozeß entgegenzuführen.

Statt viele nur das folgende Beispiel: Die Braunkohlenarbeiter Mitteldeutschlands streiken. Die Unternehmer geben zu, daß eine Lohnerhöhung notwendig sei, die sie aber ohne Kohlenpreiserhöhung nicht tragen könnten. Die Gestehungskosten betragen pro Tonne 15 Mark, Frachtbasis Berlin 5,20 Mark, Kleinhandelspreis Berlin 36 Mark. Der Kohlenhandel verschlingt also mehr als die Gestehungskosten.

Das zweite Bedenken, das in Verbindung mit der Reform der Beamtenbesoldung gegenwärtig stark vertreten wird, liegt auf sozialem Gebiet. Breite Arbeiterkreise geben allmählich nichts mehr um das Gerede: Republik, sozialer Volksstaat usw. Sie sagen: Der Inhalt des sozialen Volksstaates muß sich letzten Endes darin äußern, daß sich der Abstand der Menschen in gesellschaftlicher und sozialer Hinsicht allmählich verringert im Vergleich zum Kasten- und Klassendeutschland der Vorkriegszeit. Wahre Demokratie verlangt, daß die Menschen einander näher gebracht werden. In Wahrheit aber ist praktisch — und das tritt bei der Beamtenbesoldung wieder zu Tage — das entgegengesetzte zu beobachten. Die Handarbeit, insbesondere die handwerklichen und technischen Leistungen, ohne die Deutschland gar nicht wieder hoch kommen kann, werden anstatt höher heute minder bewertet. Die Bergarbeiter an der Ruhr sagen: Viele Beamte hatten früher ein ähnliches Einkommen wie die gelernten Bergarbeiter. Seit der Revolution ist ein immer größerer Abstand zu ungunsten der Bergarbeiter zu beobachten gewesen. Heute verdienen die Schreibfräuleins in den städtischen Büros vielfach mehr als der in tiefem Schacht vor der Kohle arbeitende gelernte Bergmann. Die gelernten Fach- und Qualitätsarbeiter in der übrigen Industrie stellen folgende Vergleiche an: Vor dem Kriege hatten wir ein ähnliches und wirtschaftliches höheres Einkommen als die Beamten, die heute in den Gruppen 4 und 5 eingestuft sind. Heute dagegen sind diese Beamten mit ihren Grundgehältern und Nebenbezügen einschließlich der ihnen zustehenden Pension, die ebenfalls mit mindestens 15 Prozent gewertet werden müsse (Urlaub usw.) meilenweit voraus. Mit dem bloßen Hinweis, daß die Arbeiter den Bezügen der vergleichbaren Beamten folgen müssen, ist es nicht getan. Wenn in Köln die englische Kohle billiger angeboten wird als die deutsche, dann sind der gewerkschaftlichen Arbeit in bezug auf Lohnpolitik sowie staatlichen Schlichtern Grenzen gezogen.

Das sind einige Zusammenhänge (nicht alle), die bei der Beamtenbesoldungsreform mitspielen. Auch für sie müssen die Beamten — wenn nicht in kurzer Zeit eine große Volkswut gegen sie entbrennen soll, die letzten Endes das Berufsbeamtentum wegfegt — Verständnis zeigen. Mit Beamtenfeindschaft hat die Aufrollung dieser Zusammenhänge bestimmt nichts zu tun. Viele Beamte sehen das auch ein, wie zahlreiche an mich gelangte Zuschriften beweisen. Manche sind sogar ärgerlich über die von ihre Kollegen in der Tagespresse vertretenen Politik. Wenn ich mich in den westfälischen Versammlungen rückhaltlos ausgesprochen habe, so deswegen, weil die Industrie in diesen und ähnlichen Fragen sich gründlich ausschweigt, während sie — wenn es sich um Arbeiterforderungen handelt, diese meist mit dem Hinweis abgelehnt werden, daß die Wirtschaft sie nicht zu tragen vermöge. Eine weitsichtige Politik vermag ich in diesem Verhalten nicht zu erkennen. Auf die geschmackvolle Anfrage von Ortsausschüssen des Deutschen Beamtenbundes in Tageszeitungen, ob ich auch mit einer Verringerung meiner „hohen Pension" einverstanden sei, zur Kenntnis, daß — obwohl ich 6 Jahre Reichs- und Staatsdienst hinter mir habe — keinen Pfennig Pension beziehe.

## Der Streik in Mitteldeutschland.

w **Berlin**, 19. Okt. **(Tel.)** Wie von Arbeitgeberseite verlautet, wird für die am 26. ds. Mts. vorgesehenen Verhandlungen vor dem Schlichter von Arbeitgeberseite kein neuer Vorschlag gemacht werden. Die Braunkohlenindustrie steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne so lange nicht in Frage kommt, als der Reichswirtschaftsminister nicht eine Preiserhöhung zugeben will.

Bei den Verhandlungen, die Regierungspräsident Dr. Grützner in Golpa mit der Streikleitung des Heizer- und Maschinisten-Verbandes führte, sicherten die Vertreter der Arbeitnehmer zu, daß die Produktion Golpas in jedem Falle soweit aufrecht erhalten bleibe, daß sowohl die Licht- wie auch die Kraftstromversorgung des Werkes Zschornewitz keine Einbuße erleide. Zschornewitz beliefert bekanntlich u. a. Berlin mit Strom.

Der mitteldeutsche Bergarbeiterstreik wirkt sich heute schon in der Halleschen Industrie aus. Die Ammendorfer Papierfabrik A.-G. sowohl, wie die Kröllwitzer Aktien-Papierfabrik, haben, nach einer Meldung des Berliner Tageblattes, ihren Betrieb wegen Kohlenmangels erheblich einschränken müssen. Die Zuckerraffinerie-A.-G., die diese Woche ihre Kampagne eröffnen wollte, hat davon absehen müssen. Die konsolidierten Alkaliwerke Westeregeln haben gleichfalls ihren Betrieb stillegen müssen.

Heute fand im sächsischen Wirtschaftsministerium eine Verhandlung mit Vertretern der Leitung des Braunkohlenarbeiterstreiks statt, die die Forderung erhoben, es möchte die technische Nothilfe und die zu ihrem Schutz eingesetzte Sicherheitspolizei aus den Betrieben der sächsischen Werke in Böhlen und Hirschfelde zurückgezogen werden. Da die Vertreter der Streikleitung erklärten, daß sie nur bereit seien, als Notstandsarbeiten die Versorgung der Wasserwerke, Krankenhäuser und ähnlicher Anstalten mit Strom zuzulassen, die Stromversorgung für gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe sowie Straßenbahnen aber ausdrücklich ablehnten und auch die Stromversorgung der Haushaltungen nicht im erforderlichen Umfange sicherstellen wollten, war der Wirtschaftsminister nicht in der Lage, die Technische Nothilfe, die nur für die Aufrechterhaltung des Betriebes in den elektrischen Kraftwerken eingesetzt ist, zurückzuziehen, da er nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1920 verpflichtet sei, die Stromversorgung der Bevölkerung, falls sie ganz oder teilweise bedroht ist, sicherzustellen.

Ein Einsatz von Technischer Nothilfe für die Förderung von Kohlen zum Absatz und für die Brikettherzeugung, ist nirgends erfolgt.

## Die Lohnforderungen der Ruhrbergarbeiter.

w **Essen** 19. Okt. **(Tel.)** Aus Bergarbeiterkreisen wird uns mitgeteilt: In den letzten Tagen ist im Ruhrgebiet eine Reihe Konferenzen und Versammlungen des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands abgehalten worden. Die Unruhe und Erregung der Bergarbeiterschaft wächst zusehends. Das ist ja auch erklärlich mit Rücksicht auf die Ungerechtigkeit, die der Bergarbeiterschaft angetan wird. Die Löhne sind unbefriedigend. Das geht auch aus der Kundgebung des Gewerkvereins in der Lohnfrage hervor. In den Konferenzen und Versammlungen wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Die im Ruhrgebiet tagenden Vertrauensmänner-Konferenzen begrüßen die Kundgebung der Reichskonferenz des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter zur Lohnfrage. Die Konferenzteilnehmer richten an die Regierung das dringende Ersuchen, die unterbrochenen Verhandlungen mit Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Besprechung der Lohnfrage sofort wieder aufzunehmen. Die Aufbesserung der Bergarbeiterlöhne muß gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Besoldungserhöhung erfolgen. Die Not der Bergarbeiter ist groß und schnelle Hilfe ist deshalb dringend notwendig."

Aus Bergarbeiterkreisen des Ruhrbergbaues wird uns geschrieben: Die Bergarbeiterverbände hatten unter dem 11. ds. Mts. an den Zechenverband ein Schreiben gerichtet, in welchem um Verhandlungen über eine außertarifliche Lohnerhöhung ersucht wurde. Der Zechenverband hat daraufhin den Bergarbeiterverbänden folgendes Antwortschreiben zugehen lassen:

„Ihrem, im Schreiben vom 11. Oktober ds. Js. geäußerten Wunsch, bereits sechs Monate vor Ablauf des bis zum 30. April nächsten Jahres gültigen, mit Ihren Stimmen gefällten und auf Ihren Antrag als verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 26. April ds. Js., in eine Erörterung oder Abänderung einzutreten, bedauern wir nicht entsprechen zu können, da wir die von Ihnen vorausgesetzte grundlegende Veränderung der Verhältnisse nicht anzuerkennen vermögen. Im übrigen verweisen wir darauf, daß sich die Wirtschaftslage des Ruhrbergbaues in den letzten Monaten derart verschlechtert hat, daß sie u. E. viel eher Verhandlungen über eine Lohnherabsetzung, als eine Lohnerhöhung, bedingen würde."

## Deutsches Reich

### Einberufung des Ältestenrates des Reichstages.

= **Berlin**, 19. Okt. **(Tel.)** Der Ältestenrat des Reichstages ist zu einer Sitzung auf morgen vormittag 11 Uhr einberufen worden, um endgültig darüber zu entscheiden, ob die gegenwärtige Zwischentagung des Reichstages am Samstag beendet werden soll oder ob sie sich noch in die nächste Woche hinein erstrecken soll. Nach der Sitzung des Ältestenrates treten noch vor der Vollsitzung des Reichstages, die um 13 Uhr beginnt, sämtliche Fraktionen zusammen, um zu den Beschlüssen des Ältestenrates Stellung zu nehmen.

### Um die Altersgrenze der Strafmündigkeit.

= **Berlin**, 19. Okt. Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wurden heute alle Anträge, die darauf hinauswollten, die Altersgrenze der Strafmündigkeit vom 14. auf das 16. Lebensjahr zu erhöhen, oder noch eine besondere Altersstufe der Strafverantwortlichkeit zwischen dem 18. und 20. Jahre zu bilden, von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt. Es verbleibt also in erster Lesung bei dem Text der Regierungsvorlage.

### Aussagen des ehemaligen bayerischen Ministers Dr. Schweyer vor dem Untersuchungsausschuß.

w **München**, 19. Okt. **(Tel.)** Der ehemalige bayerische Innenminister Dr. Schweyer erschien heute als Zeuge vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß für die Vorgänge im 1. Mai 1923 und den Hitlerputsch. Der Ausschußvorsitzende richtete an ihn die Aufforderung, sich darüber zu äußern, welche Gründe für die späte Durchführung des Strafverfahrens gegen Hitler und Genossen wegen der Vorgänge im 1. Mai 1923 bestanden hätten. Dr. Schweyer vertrat im Gegensatz zur Meinung des kürzlich vernommenen Justizministers Gürtner die Auffassung, daß gerade staatspolitische Gründe für die schleunige Durchführung des Verfahrens hätten sprechen müssen. Der Zeuge bejahte in vollem Umfange die Frage, ob seinerzeit die Sicherheitsverhältnisse die Durchführung des Verfahrens gestattet hätten, und berief sich dabei auf einen Brief des Generalstaatskommissars von Kahr vom Mai 1924, in dem die gleiche Auffassung zum Ausdruck kam. Dr. Schweyer erklärte, er als Polizeiminister sei über die Verhandlungen Hitlers, die dieser mit dem Chef der Landespolizei in den Tagen vor dem 1. Mai geführt haben solle, nicht eingeweiht gewesen. Man habe ihn planmäßig ausgeschaltet. Als auffällig bezeichnete es Dr. Schweyer auch, daß bei der Prüfung der damaligen Sicherheitsverhältnisse Justizminister Gürtner ihn nicht zugezogen und auch keinen Antrag auf Behandlung dieser Frage im Ministerrat gestellt habe. Die Verhandungen wurden darauf auf morgen vertagt.

## Das Reichsbankdirektorium gegen den Breslauer Oberbürgermeister.

w **Berlin**, 18. Okt. WTB-Handelsdienst veröffentlicht folgenden Brief des Reichsbankdirektoriums an den Oberbürgermeister Dr. Wagner in Breslau: Nach einem Bericht der Schlesischen Volkszeitung, Nr. 478 der Morgenausgabe vom 14. Oktober, sollen Sie in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung gesagt haben, daß in der Auslandsanleihefrage die Reichsbank auch den Reparationsagenten Parker Gilbert mobil gemacht habe. Diese Aeußerung würde so ungeheuerlich angesichts der Informationsmöglichkeiten, die Ihnen bei Ihrer Anwesenheit in Berlin zur Verfügung standen, und so völlig unverantwortlich sein, daß wir nicht annehmen können, daß sie in der angegebenen Form wirklich erfolgte. Tatsache ist, wie Ihnen bekannt sein dürfte oder doch wenigstens für Sie jederzeit feststellbar gewesen wäre, daß der Reparationsagent entsprechend seiner Stellungnahme in einem früheren Falle von sich aus vor Kenntnis der Entschließung der Beratungsstelle und ohne etwas von der Stellungnahme der Reichsbank in der damals zur Diskussion stehenden Anleiheangelegenheit zu wissen, vorgegangen ist. Bei der Auffassung, die Ihre Worte in der Oeffentlichkeit gefunden haben, müssen wir, auch wenn die Wiedergabe in den Zeitungen, wie wir annehmen, unrichtig ist, von Ihrer Loyalität erwarten, daß Sie unverzüglich vor dem gleichen Gremium in öffentlicher Form eine Richtigstellung vornehmen. Von dem Veranlaßten dürfen wir bitten, uns freundlichst zu benachrichtigen.

### Die Antwort des Oberbürgermeisters.

w **Breslau**, 18. Okt. Die Antwort des Oberbürgermeisters Wagner auf das Schreiben des Reichsbank-Direktoriums Berlin hat folgenden Wortlaut:

„Auf Ihren Brief vom 17. Oktober erwidere ich folgendes: Wie das amtliche Stenogramm der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung beweist, habe ich nicht gesagt, daß in der Auslandsanleihe die Reichsbank auch den Reparationsagenten Gilbert mobil gemacht habe. Ich habe auch nichts Aehnliches gesagt. Im übrigen habe ich Ihr Schreiben mit größtem Befremden gelesen. Ich hätte von Ihrer Loyalität erwarten dürfen, daß Sie mich, bevor Sie mir einen solchen Brief schrieben, persönlich um Aufklärung des Sachverhaltes ersucht hätten. Ich weise auf das Entschiedenste die Vorhaltungen und Unterstellungen zurück, die Sie sich mir gegenüber erlaubt haben. Sie haben kein Recht, mir gegenüber wie eine vorgesetzte Behörde aufzutreten. Da Sie, ohne meine Stellungnahme zur Sache abzuwarten, Ihren Brief der Presse übergeben haben, bin ich gezwungen, das gleiche zu tun. Ich lehne es nunmehr ab, auch noch eine weitere Richtigstellung vor der Stadtverordneten-Versammlung vorzunehmen, überlasse vielmehr getrost das Urteil über Ihr Verhalten der Öffentlichkeit.

## Aus der Stadt.

Münster 20. Oktober.

‡ **Vom Theater der Stadt Münster.** Es wird darauf hingewiesen, daß die Theaterkasse Blockhefte an Behörden, Betriebe usw. bei Anzahlung von wenigstens 50 RM. auch in Kommission abgibt. Unverkaufte Hefte werden am Ende der Spielzeit wieder zurückgenommen. Diejenige Stelle, welche einmal das Recht auf Ermäßigung von 20 Prozent durch gleichzeitige Abnahme von 10 Blockheften erworben hat, erhält denselben Preisnachlaß auch bei späterer Nachbestellung und Abnahme einzelner Hefte.

⚘ **Ausbildung von technischen Lehrerinnen.** Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und der Minister für Handel und Gewerbe haben darauf hingewiesen, daß eine Änderung der bestehenden Einrichtungen zur Ausbildung von technischen Lehrerinnen erst nach Abschluß der mit den neuen Schulformen für die weibliche Jugend (dreijährige Frauenschule, Höhere Fachschule für Frauenberufe) angestellten Versuche, also erst nach einigen Jahren erfolgt. Daher haben nicht nur die bereits in der Ausbildung befindlichen, sondern die auch Ostern 1928 und 1929 in die technischen Seminare oder Lehrgänge eintretenden Schülerinnen die Gewißheit, ihr Berufsziel zu erreichen.

❑ **Laszlos Farblichtmusik.** Es ist gelungen, für den 5. November Alexander Laszlo zu einer einmaligen Vorführung seiner Farblichtmusik zu gewinnen. Der Künstler bringt ein abendfüllendes Programm, das in seiner Originalität auch in Münster dasselbe Aufsehen erregen dürfte, wie das in all den anderen Städten der Fall war, die Laszlo besucht hat. Die Vorführung findet in der Stadthalle statt. Weitere Bekanntmachungen folgen nach.

+ **Schulversäumnis der Berufsschule.** Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat in einem Runderlaß an die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen, daß die örtliche Zuständigkeit für den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Verletzung der Berufsschulpflicht im Paragraphen 1 Absatz 1 des Gesetzes über den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Übertretungen vom 23. April 1883, in der Fassung des Gesetzes vom 31. Mai 1923 (Preußische Gesetzsammlung Seite 271) geregelt ist. Das Versäumnis des Berufsschulbesuchs ist eine durch Unterlassung verübte Übertretung, die als da begangen gilt, wo der Täter zur Erfüllung der ihm obliegenden Rechtspflicht hätte tätig werden müssen, also am Orte des Sitzes der Berufsschule. Demnach ist die Polizeiverwaltung zum Erlaß der polizeilichen Strafverfügung wegen Versäumnis des Berufsschulbesuches zuständig, in deren Bezirk die Berufsschule liegt.

## Aus den Provinzen.

+ **Greven**, 18. Okt. (Die große Anziehungskraft des Sends in Münster) auf die umliegenden Orte beweist der Umstand, daß am Sendsonntag an der hiesigen Fahrkartenausgabe an Fahrkarten in der Richtung Münster ausgegeben wurden: 97 Sonntagskarten 3. Klasse, 764 Sonntagskarten 4. Klasse, 18 einfache 3. und 34 einfache 4. Klasse. Demnach sind 913 Personen nach Münster gefahren. Rechnet man hinzu die zahlreichen Fahrgäste, die auf Wochen- und Monatskarten fuhren, sowie diejenigen, die auf Rädern, in Autos oder Wagen den Weg zurücklegten, dann darf man wohl sagen, daß aus Greven 1200—1300 Personen zum Send fuhren.

⊙ **Nottuln**, 18. Okt. (Der Motorradunfall in Mecklenbeck) mit den traurigen Folgen hat unter der Bürgerschaft Nottulns erneut Beunruhigung ausgelöst, weil hier im Orte in einer sehr gefährlichen Doppelkurve jeden Tag ein gleiches Unglück vorkommen kann. Diese Doppelkurve ist dadurch besonders gefahrvoll, weil in den beiden aneinander stoßenden Kurven zwei Straßen sich schneiden und im abschüssigen Terrain liegen. Da auch noch ein Teil der Kurven unübersichtlich ist, konnte auch das wiederholt vorgekommene Überfahren von Menschen und Zusammenstöße von Fahrzeugen nicht ausbleiben. Solche Verkehrsstelle ist eine der gefährlichsten, die man sich denken kann und wird deshalb im Volksmund „Menschenfalle in Nottuln" benannt. In der Bürgerschaft kann man es nicht verstehen, daß diese Gefahrstelle nicht schon vor Jahren von der Behörde energisch abgestellt ist, als der rege Autoverkehr einsetzte. Es ist dieser Zustand schon wiederholt auch an dieser Stelle gerügt, und es ist darauf hingewiesen, daß diese gefährliche Verkehrsstelle mit geringen Kosten leicht in eine weniger gefährliche hätte abgeändert werden können, wenn die Behörden ernst und energisch hätten eingreifen wollen. Es ist an anderen Orten üblich, daß an gefährlichen Stellen der Straßen und Landstraßen Warnungszeichen für Autos aufgestellt werden. Hier im Orte sind sie nicht einmal an der oben angeführten Doppelkurve, ebensowenig vor den Schulgebäuden, die an der Straße liegen, aufgestellt. Wenn nun infolge des Unglücks in Mecklenbeck ein Teil der Bürger von Nottuln verlangt, nochmals gegen diesen unhaltbaren Zustand zu protestieren, so geschieht es hiermit in der Öffentlichkeit, um endlich eine Änderung zu erlangen.

+ **Nordkirchen**, 18. Okt. (Ein Delegiertentag des Kreis-Kriegerverbandes Lüdinghausen) fand am 16. dieses Monats hier statt. Der Vorsitzende, Studienrat Hömberg, erinnerte an den 80. Geburtstag des Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls von Hindenburg, insbesondere an die diesem im Deutschen Stadion dargebrachte Huldigung des Kyffhäuserbundes. An derselben beteiligten sich vom Kreis-Kriegerverband Lüdinghausen, der 2900 Mitglieder zählt, 23 Kameraden. Die vom Rendanten Schlüter gelegte Rechnung ergibt eine Einnahme von 1785 Mark, eine Ausgabe von 1407 Mark. Besondere Anerkennung zollte der Vorsitzende der geschickten Vorbereitung des diesjährigen Kriegerverbandsfestes in Senden durch den dortigen Vorstand. Das Kreisverbandsfest wird 1928 in Werne, 1929 in Lüdinghausen stattfinden. Über die mit dem 1. Januar kommenden Jahres ins Leben tretende Provinzial-Kriegerwohlfahrtskasse fand eine eingehende Aussprache statt. Gegen einen Beitrag von jährlich 6 Mark oder 3 Mark sollen die Mitglieder und deren Ehefrauen im Sterbefalle zu 200 Mark und 100 Mark oder 100 Mark und 50 Mark versichert sein. Die Kriegervereine sollen möglichst geschlossen bis zum 1. November ihren Beitritt erklären. Einige Vereine des Kreises haben den Anschluß beschlossen, andere aber abgelehnt; die Mehrzahl ist noch unentschieden, die Vereinsvorstände bemühen sich jedoch, daß, wie es zur Erlangung gewisser Vorteile nötig ist, bis zum 1. November die Anmeldung mit wenigstens drei Viertel der Mitglieder erfolgen kann. Der Vorsitzende mahnte zu eifriger Werbearbeit für die Wohlfahrtskasse. Als erwünscht wurde aus der Versammlung die Hinausschiebung des gestellten Termins bezeichnet.

⚘ **Aus dem Kreise Tecklenburg**, 18. Okt. (Landwirtschaftliches.) Der Landwirtschaftliche Hauptverein veranstaltet gemeinsam mit dem Landwirtschaftlichen Kreisverein am Samstag den 22. Oktober nachmittags 1½ Uhr auf dem Gelände der Provinzialanstalt in Lengerich ein Probepflügen. Es treten in Tätigkeit verschiede Pflüge für Beetkultur, sowie Wende- und Kipppflüge mit Untergrundlockerer. Anschließend an die Vorführungen findet im Gasthof Windmöller-Lengerich eine Aussprache statt.

⊙ **Tecklenburg**, 17. Okt. (Polizeihundvorführung.) Am nächsten Sonntag nachmittag findet auf dem Burgplatz eine interessante Vorführung von Polizeihunden statt. Es werden dabei erstklassige Tiere ihr Können zeigen, unter anderem das Stellen und Festhalten eines Fahrraddiebes, Aufsuchen, Stellen und Kampf mit dem Verbrecher, Entfesselung eines Überfallenen. Die Zuschauer werden so ein Bild bekommen von der vielseitigen Verwendbarkeit des Polizeihundes.

-+- **Unna**, 18. Okt. (Unna verlangt das Landratsamt.) Der Magistrat hat beantragt, das Landratsamt des Kreises Hamm nach Unna zu verlegen; er hat sich verpflichtet, für Unterbringung des Amtes wie der Beamten zu sorgen. Der Regierungspräsident in Arnsberg hat den Landrat beauftragt, eine Stellungnahme des Kreistages zu dem Unnaer-Verlangen herbeizuführen. Am 2. November wird dies geschehen. Man rechnet mit Bestimmtheit damit, daß der Kreistag für die Forderung der Stadt Unna eintritt und daß die Stadt Hamm das Landratsamt verlieren wird.

-+- **Lügde**, 18. Okt. (Ein Bein von der Dreschmaschine ausgerissen.) Hier hatte ein Landwirt in seiner Scheune Kern gedroschen. Der Dreschkasten war zwar schon abgestellt; doch standen die Räder noch nicht still, als der Landwirt auf den Kasten kletterte, um seiner Frau eine Mitteilung zu machen. Dabei rutschte er aus und geriet durch den Einwurf mit dem linken Fuße an die Welle, die ihn sofort ergriff und ihm das linke Bein ausriß. Einem Knecht gelang es, seinen Dienstherrn sofort zurückzureißen und dadurch ein noch größeres Unheil zu verhüten.

-+- **Lingen**, 16. Okt. (Allerlei.) Spitzbuben machten dieser Tage eine Streife über den Telgenkamp. Bei mehreren Anwohnern wurde gestohlen. Auch Raddiebstähle nehmen in letzter Zeit wieder überhand — Das Theaterstück „Robert und Bertram", gespielt von der Theaterabteilung des Katholischen Arbeitervereins, hatte einen vollen Erfolg.

○ **Essen**, 19. Okt. (Ein furchtbares Drama,) das sich in den Julitagen dieses Jahres in einer Bergmannsfamilie in Buer abspielte, spiegelte sich gestern vor dem Essener Schwurgericht in erschütternden Bildern wider. Auf der Anklagebank sitzt, aus der Untersuchungshaft vorgeführt, ein blutjunger Bursche, der 19 Jahre alte Hilfsarbeiter Bruno Lach aus Bottrop, der hintereinander seinen Stiefvater und dann seinen Stiefbruder erschossen hat. Die Mutter des Angeklagten heiratete, nachdem sie Witwe geworden war, den Witwer Bergmann Franz Lenczyk in Bottrop. Er hatte 5 Kinder. Seine zweite Frau brachte ihm aus ihrer Ehe ebenfalls 5 Kinder mit, darunter auch den Angeklagten; außerdem war ein vorehelich geborenes Kind aus den Beziehungen des alten Lenczyk zu der Mutter des Angeklagten vorhanden. Einige Kinder waren erwachsen. Die Ehe gestaltete sich in höchstem Maße unglücklich, und da auch die Kinder aus den beiderseitigen Ehen sich heftig befehdeten, entwickelten sich nach und nach geradezu unhaltbare und tieftraurige Zustände in der zahlreichen Familie, zumal der alte Lenczyk schließlich auch noch arbeitslos wurde und nur auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesen war. Er ergab sich dem Trunk. Die Sorge für den Haushalt lag nun vorwiegend auf den Schultern des Angeklagten, der seinen verdienten Lohn fast restlos für den Haushalt zur Verfügung stellte. Zum Dank dafür wurden er und sein Bruder Emil von dem Stiefvater ständig als deutsche Krüppel beschimpft und verhöhnt. Dem Angeklagten war beim Maschinenputzen auf der Zeche der linke Arm ausgerissen worden, und zu gleicher Zeit hatte sein Bruder Emil durch einen Unfall auf der Zeche ein Bein verloren. Am Abend des 23. Juli dieses Jahres war es wieder zu einer erregten Auseinandersetzung gekommen. Der Angeklagte, der von seinem Stiefvater wieder als „deutscher Krüppel" beschimpft worden war, geriet in heftige Erregung, rannte in sein Zimmer und holte eine geladene Pistole, die er unter dem Rock verbarg. Als Lenczyk, Vater und Sohn, seiner Aufforderung, die Wohnung zu verlassen nicht Folge leisteten, feuerte er auf den jungen Lenczyk zwei Schüsse ab. Durch die Leber und die Hauptschlagader getroffen, brach dieser Lenczyk tot zusammen. Der Vater hatte das alles ruhig angesehen und saß schimpfend nebenan in der Küche. Als dieser dann die Schwester des Angeklagten an die Schulter faßte mit den Worten: „Nachdem Jupp dran glauben mußte, sollst du und der „deutsche Krüppel" auch dran glauben", holte der Angeklagte die Pistole, die er inzwischen auf die Fensterbank gelegt hatte, herbei und schoß auch den Stiefvater nieder, der sofort tot war. Die Verhandlung entrollte traurige Bilder eines zerrütteten Familienlebens. Das Gericht erkannte unter Berücksichtigung aller Umstände auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

## Vermischtes.

* w **Die 5 Koffer des reisenden Einbrechers.** Berlin, 19. Okt. **(Tel.)** Auf dem Anhalter Bahnhof wurde ein aus der Tschecho-Slowakei gebürtiger 24 Jahre alter Reisender, Einbrecher Ernst Gerstenberger, festgenommen, der die Lagerscheine für fünf Koffer mit Diebesgut bei sich trug. Gerstenberger, der dreimal dem Beamten zu entschlüpfen versuchte, hat zuletzt in Quedlinburg und Nordhausen Einbrüche verübt, von denen er 2 zugibt. Nach Annahme der Polizei ist er aber für die letzten 8 Einbrüche in Quedlinburg und für 14 auf genau die gleiche Art verübte Villeneinbrüche in Nordhausen verantwortlich. Wahrscheinlich hat er auch in Frankfurt, München, Stuttgart, Kassel und Halberstadt „gearbeitet". Unter anderem fand man bei ihm ein Verzeichnis der Bankiersvillen in Frankfurt a. M.

* **Todessturz aus dem Personenzuge.** Berlin, 19. Okt. Auf der Strecke zwischen Sadowa und Karlshorst wurde heute morgen gegen ½6 Uhr auf dem Ferngleis die Leiche einer etwa 65 Jahre alten Frau gefunden. Die Frau ist wahrscheinlich aus dem von Breslau kommenden Personenzug 226, der um diese Zeit die bezeichnete Strecke durchfährt, gefallen. Als der Zug zum Halten gebracht worden war und die Beamten zurückgingen, war die Verunglückte, die einen schweren Schädelbruch erlitten hatte, bereits tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Die Verunglückte ist als eine Frau Luise Hirschfeld aus Berlin festgestellt worden.

* w **Der Hochstapler Eglofffstein-Oertel geflüchtet.** Berlin, 19. Okt. **(Tel.)** Heute nachmittag flüchtete der Schulreiter Eglofffstein-Oertel, als er nach Beendigung eines Haftprüfungstermins in das Untersuchungsgefängnis Moabit zurückgebracht werden sollte. Oertel der Ende Juli in Köln verhaftet worden war, leugnete hartnäckig die ihm zur Last gelegten Verfehlungen — Aktenbeseitigung und Betrug in mehreren Fällen — obwohl er so gut wie überführt gilt. Für heute nachmittag war eine Sitzung anberaumt worden, um einen Antrag Oertels zur Prüfung der Haftzulässigkeit zu entscheiden. Das Gericht hatte entschieden, daß Oertel weiterhin in Haft bleiben solle. Auf welche Weise es gelungen ist, aus dem Gebäude und auf die Straße zu kommen, konnte noch nicht festgestellt werden. Oertel hatte bei seiner Flucht keinen Pfennig Geld bei sich und trug weder Hut noch Mantel.

* ⊕ **Schwere Vergiftung durch den Genuß von Torte.** Hagen, 19. Okt. Aus Anlaß einer silbernen Hochzeit hatte eine Familie in der Bachstraße eine größere Gesellschaft eingeladen. Zum Kaffee wurde selbstgemachte Nußtorte verabreicht, an deren Genuß der größte Teil der Festteilnehmer unter Vergiftungserscheinungen erkrankte. Bis jetzt wurden ins Allgemeine Krankenhaus 13, ins Marien-Hospital 19 Personen eingeliefert. Die Untersuchung ist noch im Gange. Ein abschließendes ärztliches Gutachten liegt zur Stunde noch nicht vor.

* **Unterschlagungen bei der Kölner Städtischen Sparkasse.** Köln, 19. Okt. Wie die „Kölnische Zeitung" berichtet, ist die vom Sparkassenbeamten Müller bei der Zweigstelle der Städtischen Sparkasse veruntreute Summe weit größer, als bisher angenommen worden war; es soll sich annähernd um eine halbe Million Mark handeln.

* **Schwindel mit „Verjüngungsmitteln".** Hamburg, 18. Okt. In dem seit länger als einem Jahr vor dem Hamburger Gericht schwebenden Strafprozeß gegen die Hersteller der durch eine übermäßig aufgebauschte Reklame hinreichend bekannt gewordenen sog. „Aufbausalze" wurde gestern das Urteil gesprochen. Sämtliche Angeklagte wurden zu empfindlichen Geldstrafen, ersatzweise zu Gefängnis oder Haft verurteilt. Auf Grund von Sachverständigengutachten ist festgestellt worden, daß weder das vielgerühmte Stuxkampsalz noch das Dr. Schrödersche Aufbausalz die lebenserneuernde Wirkung erzielen könne, die die Hersteller in ihrer marktschreierischen Reklame angepriesen haben. Im Gegenteil ist der Einfluß einzelner Bestandteile dieser Salze vielfach so, daß gewisse Krankheiten, die sie gerade beseitigen sollten, noch komplizierter wurden. Das Gericht stellte fest, daß durch die Anpreisung dieser Aufbausalze das Publikum irregeführt und unwahre Angaben über die Herstellung gemacht worden seien. Vergleicht man die Wirkungen der Salze mit dem Versprechen, so liege eine derartige Übertreibung vor, daß sie den Angeklagten nicht entgangen sein könne. — In diesem Zusammenhang interessiert vielleicht auch, daß das Mitglied des preußischen Nahrungsmitteluntersuchungsamtes, Professor Griebel, in der „Apotheker-Zeitung" Nr. 69 mitteilt, daß das jetzt viel angepriesene „Verjüngungsmittel" Lukutate als „ein aus verschiedenen Arzneidrogen und einheimischen Obstfrüchten (vermutlich Backobst) zusammengesetztes gelindes Abführmittel zu bewerten ist."

* **Bei einer Entführung zu Tode gekommen.** Wesermünde 18. Okt. Ein geheimnisvoller Vorfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist, beschäftigt die Wesermünder Kriminalpolizei. In der Sonntagnacht wurde an der Weserstraße in Wesermünde in der Nähe des Bremerhavener Friedhofs die Leiche eines jungen Mädchens gefunden, das als die zwanzigjährige Verkäuferin Hadeler aus Lehe festgestellt wurde. Die eingeleiteten Nachforschungen ergaben, daß das junge Mädchen mit einer Freundin zusammen am Sonntagabend zunächst in einem Kino, dann im Atlantic gewesen, wo sie die Bekanntschaft eines jungen etwa 25jährigen Mannes machten, der die beiden Mädchen dann in seinem Zweisitzer-Auto mit nach Bremerhaven ins Café Bismarck nahm. Als man dann um 1 Uhr aufbrach, erklärte sich der junge Mann bereit, die beiden Mädchen nach Lehe in ihre Wohnung zu fahren. Als aber Frl. Hadeler im Wagen Platz genommen, verweigerte er der Freundin die Mitfahrt und fuhr in entgegengesetzter Richtung nach Geestemünde davon. Es scheint danach, als ob das junge Mädchen später Angst bekommen hat und aus dem Auto gesprungen ist, wobei es sich tödliche Verletzungen zuzog. Der Autoführer ist dann ohne weiteres davongefahren, ohne sich um die Verunglückte zu kümmern. Das Auto ist in Loxtedt festgestellt worden. (Hann. Kurier.)

* tu **Eisenbahnfrevel.** Breslau, 19. Okt. An der Strecke Oppeln—Neiße fand ein Weichenwärter an acht Schienenstößen die Laschenschrauben losgedreht und die Schienen mit Steinen belegt. Der Streifdienst der Reichsbahndirektion Breslau ermittelte als Täter drei Schüler, die angaben, sie hätten sehen wollen, ob ein Zug entgleisen würde, oder imstande wäre, die Hindernisse wegzuräumen. Das Gleis konnte noch rechtzeitig wieder fahrbar gemacht werden.

* ⊕ **Zum Brandunglück in Affing.** München, 18. Okt. Der Minister des Innern hat den bei dem Brandunglück in Affing Verletzten und den Hinterbliebenen der dabei getöteten Feuerwehrleute seine wärmste Teilnahme zum Ausdruck bringen lassen. Zugleich hat er dem Bezirksamtsvorstand zur Behebung der augenblicklichen Not bei den Verletzten und Hinterbliebenen den Betrag von eintausend Mark überwiesen.

* w **Die Opfer von Affing geborgen.** Affing in Oberbayern, 19. Okt. Nach angestrengten Bemühungen wurden die bei dem Schloßbrand in Affing noch verschütteten fünf Toten geborgen. Die Leichen, die sämtlich furchtbar verstümmelt sind, wurden gegen Abend im gemeinsamen Trauerzuge von der Unglücksstätte zur Dorfkirche gebracht, wo sie bis zur Beerdigung am Freitag aufgebahrt bleiben. Der Besitzer des zerstörten Schlosses, Freiherr von Gravenreuth, hat sich bereit erklärt, die Kosten der Beerdigung der 6 Todesopfer zu übernehmen und außerdem den Hinterbliebenen weitestgehende Unterstützung zuteil werden zu lassen.

* **Todesurteil in der Berufungsverhandlung in einem Budapester Mordprozeß.** Budapest, 19. Okt. **(Tel.)** In der Berufungsinstanz wurde Frau Gröller, die wegen Anstiftung zur Ermordung ihres Gatten, eines Maurermeisters, mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft war, zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Täter, zwei Arbeiter, mit denen die Frau Beziehungen unterhalten hatte, erhielten Zuchthausstrafen, der eine auf Lebenszeit, der andere auf 15 Jahre.

* w **Zwei Deutsche auf dem Schwarzen Meer verunglückt.** Bukarest, 19. Okt. Nach Blättermeldungen wurden die Leichen der beiden Deutschen, Martin und Bösler aus Bruchsal, die in einem Faltboot ein Fahrt um die Welt machten, und auf dem Schwarzen Meer während eines Sturmes verunglückten, bei Constanza an Land geschwemmt.

* w **Anschlag von Kindern gegen einen Eisenbahnzug.** Paris, 19 Okt. Wie die Abendblätter berichten, brachten in Donnemarieen—Montois drei Kinder im Alter von 6 bis 8 Jahren einen Güterzug zum Entgleisen, in dem sie einen Stein in eine Weiche legten. Personen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

## Luftfahrt.

### Die bisherige Ausbeute des Langstreckenfluges Norderney—Azoren.

**Berlin**, 18. Okt. Der Deutsche Luftfahrtverband teilt mit: Noch immer ist die Auffassung weit verbreitet, daß es sich bei dem Flug, den ein dreimotoriges Junkersflugzeug von Norderney aus unternommen hat, um einen „Transozeanflug" in von allen Fachleuten oft bekämpften Sinn handelt. Der Flug stellt vielmehr einen Langstreckenflug dar, der sorgfältigster Erprobung aller technischen Hilfsmittel, vor allem der gesamten navigatorischen Ausrüstung eines Flugzeuges dienen soll. Dabei war es von Anfang an vollständig dahingestellt, ob das Flugzeug tatsächlich das amerikanische Festland erreichen wird, oder nicht. Nur wirklich günstiges Wetter bildete die Voraussetzung für die weiteren Maßnahmen, damit auf keinen Fall Personal und Material leichtfertig aufs Spiel gesetzt werde. Nach den vorliegenden authentischen Berichten kann heute schon gesagt werden, daß der Flug bedeutende Erfahrungen gebracht hat. Die Funkverbindungen sind während des ganzen Fluges von Lissabon nach den Azoren einwandfrei durchgeführt worden, wobei es gelang, sowohl mit Lissabon, wie auch mit einem portugiesischen Kriegsschiff regelmäßig in Verbindung zu bleiben. Ganz besonders hervorgehoben zu werden verdient aber die navigatorische Leistung des an Bord befindlichen Loewe. Zur Feststellung des Standortes aus den Gestirnen benutzte er den bekannten Libellensextanten des portugiesischen Generals Coutinho, der sich ausgezeichnet bewährt hat. Durch astronomische Standortbestimmung, durch die übliche Navigation nach Kompaß, Fluggeschwindigkeit und abgeflogener Zeit und schließlich durch Radiopeilungen wurde während des ganzen Überseefluges der Standort jederzeit einwandfrei bestimmt. Außer den bereits genannten Instrumenten hatte das Flugzeug noch Gyrorectorapparate, Kreiselkompaß usw. zur einwandfreien Navigierung an Bord, ein Beweis dafür, daß dieser Flug keinesfalls als ein gewöhnlicher Transozeanflug, sondern als ein durchaus ernsthafter Versuch anzusehen ist, die Möglichkeiten langer Flüge nach allen Richtungen hin zu untersuchen.

### Abbruch des „Germania"-Fluges.

w **Berlin**, 19. Okt. **(Tel.)** Nach einer dem hiesigen Vertreter der Associated

tu **New Orleans**, 18. Okt. **(Tel.)** Eröffnung. Oktober —; Dezember 20,97; Januar 20,99; März 21,08; Mai 21,13; Juli —; Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 18. Okt. **(Tel.)** Zweites. Oktober 20,89; Dezember 20,95; Januar 20,98; März 21,09; Mai 21,11; Juli 20,95; Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 18. Okt. **(Tel.)** Schluß. Oktober 20,71; Dezember 20,78—20,80; Januar 20,81—20,83; März 20,95; Mai 20,97—21,00; Juli 20,88; Tendenz: stetig. Loko 20,80.

tu **Newyork**, 18. Okt. **(Tel.)** Schluß. Oktober 20,48; Dezember 20,55—20,57; Januar 20,59—20,62; März 20,75—20,78; Mai 20,90—20,93; Juli 20,75—20,81; Tendenz: stetig. Loko 21,25.

### Viehmärkte.

tu **Hamburg**, 18. Okt. **(Tel.)** Auftrieb: Kälber 1079; Schweine 7367. Geschäftsgang: bei Kälbern lebhaft, bei Schweinen ruhig. Preise: Kälber a) —; b) 82—90; c) 60—68; d) 35—45; Schweine a) 67—68; b) 64—66; c) 62—64; d) 50—58; Sauen 52—59.

### Handelsnachrichten.

**Westfälische Drahtindustrie in Hamm i. W.** Die Verwaltung schlägt der auf den 10. November 1927 einzuberufenden ordentlichen Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent vor. Hiermit ist die Höhe der durch den Interessengemeinschaftsvertrag garantierten Mindestdividende erreicht.

**Stahlwerk Oese.** Bekanntlich wurde das im Zwangsverfahren versteigerte Stahlwerk Oese von der Firma Rosenau, Düsseldorf, erworben. Nunmehr ging das Unternehmen durch Kauf an den Fabrikbesitzer Ludwig Niemeyer, Ihmert, über, der nach Abbruch der Martinöfen in dem Stahlwerk ein neues industrielles Unternehmen errichten will.

**Berliner Maschinenbau A.-G., vorm. Schwartzkopff, Berlin.** Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1926/27 weist, wie der DHD. erfährt, nach Abschreibungen von 700 000 (742 000) RM. einschließlich des Vortrages vom Vorjahr in Höhe von 595 000 RM. einen Reingewinn in Höhe von 1,3 Mill. RM. (595 000) auf. Es wird beantragt, hieraus eine Dividende von 6 Prozent (6 Prozent) auf die Vorzugsaktien und gleichfalls 6 Prozent (0 Prozent) auf die Stammaktien zu verteilen; ferner werden dem AR. 25 000 RM. vergütet. Auf neue Rechnung werden 310 000 (595 000) RM. vorgetragen. Die Gesellschaft ist im Lokomotivbau nach wie vor ungenügend und in ihren anderen Werkstätten sehr gut beschäftigt, wenn auch die Preise teilweise zu wünschen übrig lassen. Der Arbeiterstand ist gegenüber dem Vorjahre um 80 Prozent erhöht worden (o. H. V. am 11. November). Anmerkung: Eine Angabe über die Bewertung der Vorräte in der diesjährigen Bilanz war in dem uns zugegangenen Bericht nicht enthalten.)

## Aus der Grafschaft Bentheim.

A **Bentheim**, 16. Okt. (Die Feldmarksjagden) der Gemeinden Bentheim, Stadt und Bauerschaft Bentheim wurden dieser Tage für die Dauer von 6 bzw. 9 Jahren öffentlich meistbietend für 2400 Mark an die bisherigen einheimischen Jäger wieder verpachtet. An Wildarten kommen in der Jagd auch Hirsche als Wechselwild vor.

m **Nordhorn**, 12. Okt. (Dies und das.) Die Bebauung der Frentinsmaate schreitet rüstig fort. Der Gesellenverein vergrößert das alte Haus durch einen großen Vorbau, in dem man über 80 neue Betten unterbringen will. Damit wird den Ledigen ein einwandfreies und preiswertes Unterkommen geboten. Der Bau der Neuapostolischen Kirche geht seiner Vollendung entgegen. Daneben entsteht das Gewerkschaftshaus des deutschen Textilarbeiterverbandes. Die Vorarbeiten zum Brückenneubau sind beendet. Anstelle der Holzbrücke wird eine feste Brücke errichtet. Leider kann immer noch nicht die Friedrich Ebertstraße durchgeführt werden, da die Eingemeindung der Gemeinde Bootholt keine Fortschritte macht. Infolge der Bechteregulierungsarbeiten werden wohl in diesem Winter die Hochwasser abgeleitet werden können. Hier entsteht auf der Insel ein neues, schönes Stadtviertel. — Eine Schlägerei entstand in der Nacht zum Sonntag auf der Neuenhäuser Straße. Mehrere junge Leute, die von einer Festlichkeit heimgingen, wurden von einer anderen Gruppe angefallen. Der Arbeiter K. erhielt dabei einen Messerstich in die Brust von sieben Zentimeter Tiefe. Die Polizei konnte den Täter festnehmen. — Auf der Versammlung der „Concordia", des Rad- und Motorradfahrerverbandes, Ortsgruppe Nordhorn, wurde beschlossen, am 29. Oktober einen Radsportabend im Bonkeschen Saale zu veranstalten.

m **Schüttorf**, 16. Okt. (Ein sehr gut besuchtes Konzert) veranstaltete der Arbeitergesangverein (Gemischter Chor) am heutigen Sonntage im Benzigschen Saale. Aufmerksam lauschte die über 400 Personen umfassende Zuhörerschaft den von der Osnabrücker Reichswehrkapelle begleiteten, mit starkem Beifall aufgenommenen gesanglichen Darbietungen des Vereins.

A **Schüttorf**, 16. Okt. (Der Bau einer städt. Turnhalle) ist von dem städtischen Kollegium schon vor langer Zeit beschlossen worden. Über die Art der Aufbringung der Baukosten konnte man sich bisher noch nicht entschließen. In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde beschlossen, den größeren Teil der Mittel für den Bau durch eine Umlage auf die Strompreise aufzubringen. Schüttorf hat ihr eigenes Elektrizitätswerk; es ist nicht der Nike angeschlossen. Das Licht wird monatlich je Kw. um 10 Pfg. und Kraftstrom um 5 Pfg. so lange teurer, bis 30 000 Mark zusammen sein werden. 10 000 Mark sind im städtischen Haushaltsplan ausgeworfen, 13 000 Mark durch Spenden für den Turnhallenbau aufgebracht. Die Turnhalle wird im nächsten Frühjahr gebaut.

## Hygiene und Volksgesundheit.

**Lehrgang der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Düsseldorf.** Düsseldorf, 17. Okt. Um den zur unmittelbaren Mitarbeit berufenen Personen die Einarbeitung in die neuen Aufgaben, die das neue Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten an sie stellt, zu erleichtern, veranstaltet die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gemeinsam mit der westdeutschen Sozialhygienischen Akademie in Düsseldorf vom 7. bis 11. November einen Lehrgang, in dem sowohl alle einschlägigen Probleme, als auch die praktische Durchführung des Gesetzes durch berufensie und erfahrenste Fachleute erörtert werden.

**Die „Spinale Kinderlähmung" im Radio.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt, wird ein Mitglied des Preußischen Instituts für Infektionskrankheiten am Freitag, den 21. Oktober, nachmittags 16,20—16,30 Uhr auf der Deutschen Welle einen Vortrag über „Spinale Kinderlähmung" halten.

**Der Stand der Kinderlähmung im Freistaat Sachsen.** Dresden, 17. Okt. Das Landesgesundheitsamt hat am Freitag unter Mitwirkung einer Reihe namhafter Kinderärzte und in Anwesenheit einer großen Anzahl beamteter Ärzte über den gegenwärtigen Stand der Kinderlähmung im Freistaat Sachsen und über die Frage der Verbreitung dieser Krankheit durch die Schule beraten. Als Ergebnis der längeren Beratung läßt sich folgendes mitteilen: Die Zahl der Erkrankungsfälle an Kinderlähmung ist zweifelsfrei im deutlichen Rückgang begriffen. So ist z. B. in Leipzig, dem Hauptkrankheitsherd seit dem 2. Oktober, keine einzige Neuerkrankung unter den Schulkindern mehr aufgetreten. Nach den Erfahrungen über den Verlauf der Krankheit während der letzten Jahre pflegt beim Eintreten der kälteren Jahreszeit die Krankheit nachzulassen. Diese Erfahrung bestätigt sich auch in diesem Jahre, denn die Erkrankungszahl beträgt seit der letzten Septemberwoche für das ganze Land einen deutlichen Rückgang. Vom ärztlichen Standpunkt aus besteht demnach zur Zeit kein Grund mehr, eine vermehrte Infektionsgefahr für vorliegend zu halten. Vereinzelte Fälle treten erfahrungsgemäß in jedem Jahre auf und werden vermutlich künftig trotz aller Vorsichtsmaßnahmen nicht ausbleiben. Zu einer Verlängerung der Schulferien besteht kein begründeter Anlaß mehr, auch nicht für Leipzig

**Verjüngungsoperation nach Woronoff in Wien.** Wien, 17. Okt. Im Sanatorium Hera wurde heute in Anwesenheit deutscher, englischer, tschechischer, ungarischer und amerikanischer Ärzte sowie zahlreicher Pressevertreter eine Verjüngungsoperation nach dem Verfahren Dr. Woronoffs vorgenommen. Zur Verjüngung bieten sich zwei Greise im Alter von 66 und 70 Jahren. Die Operation, für die Dr. Woronoff einen Pavian aus seinem Tierbestande zur Verfügung gestellt hatte, besorgte der Wiener Chirurg Dr. Schweyer, ein Schüler Woronoffs. Nach einstündiger schwerer Arbeit war die Verpflanzung der Drüsen des Affen auf die beiden Greise gelungen. In drei Monaten muß es sich zeigen, ob die Verjüngung der beiden Greise gelungen ist.

**Die Lungenpest in der Mongolei.** Paris, 18. Okt. Nach einer Meldung aus Charbin wird eine Zunahme der Lungenpest in der inneren Mongolei gemeldet. Der Tod tritt meistens zwanzig bis dreißig Stunden nach Auftreten der ersten Krankheitssymptome ein. Mehr als tausend Fälle wurden bereits festgestellt. Die Kälte und die Weigerung der Bewohner, aus Furcht vor Ansteckung die Leichen zu begraben, machen die Epidemie noch schrecklicher.

## Kirchliches.

⊙ **Bentlage**, 17. Okt. Vom 4. bis 8. November 1927 wird ein Exerzitienkursus für weibliche Mitglieder des Dritten Ordens im Gertrudenstift zu Bentlage bei Rheine gehalten. Anfang abends 7 Uhr, Schluß morgens. Um rechtzeitige Anmeldung wird gebeten. Autoverkehr ab Bahnhof Rheine. Von 4—6½ Uhr auch Autobusverbindung.




Originalpackung „Bayer" RM 1.— u. 1.50 in Apotheken und Drogerien.



# Handel und Volkswirtschaft.

## Wirtschaftsliteratur.

**„Erde und Wirtschaft"**, die neue Vierteljahrsschrift für Wirtschaftsgeographie und ihre praktische Anwendung, legt soeben ihr zweites Heft vor, das eine Reihe wertvoller Wirtschaftskarten darbietet, so z. B.: Hauptexportländer und Absatzgebiete von Zeitungspapier 1926, Die Wasserkräfte Europas und der Erde, Die Weltgetreideernte 1926, Seeverkehr 1913 und 1926, Verschiedene Gliederungen Deutschlands in Wirtschaftsbezirke u. a. m. Über die Wege des deutschen Außenhandels 1926 und 1913 berichtet Dr. Wilh. Franke, Lankwitz. Professor Sten De Geer von der Universität in Stockholm gibt über „Schwedens geographische Regionen" einen Überblick, der sehr beachtenswert ist. Interessant ist die Wiedergabe eines Mahnwortes aus „Economic Geograph" (Clark Univ. Mass. U. S. A.), in dem es heißt, daß der „rapide Aufschwung Deutschlands nach dem Kriege in nicht geringem qun uɔɥɔ uoq uoa ǝɟoɹɯ er Tätigkeit seiner Geographen herrührt". Professor Braun, der Herausgeber der Zeitschrift, nimmt zu den diesen Äußerungen kritisch Stellung. Die neue Zeitschrift sei allen empfohlen, die sich für Geographie, Wirtschaft, Politik und verwandte Gebiete interessieren. Preis jedes Heftes Mk. 2,—, Verlag Georg Westermann, Braunschweig, Berlin, Hamburg.

**Baut schöne Arbeitsstätten!** Der neue Baustil, der für Wohnhäuser in der Werkbundausstellung in Stuttgart seinen vorbildlichen Ausdruck fand, hat auch für Arbeitsstätten eine Umwälzung in formaler und technischer Beziehung gebracht. Obwohl Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit als wichtigste Faktoren Inneres und Äußeres des Gebäudes bestimmen, wird Schönheit und Anpassung an das Landschaftsbild angestrebt. Die Einheitlichkeit von Bauwerk und Umgebung ist nicht nur eine ästhetische Forderung, sondern zugleich ein Nützlichkeitsprinzip im höheren Sinne, der harmonische Eindruck der Arbeitsstätte erhöht die Arbeitslust der Schaffenden und erleichtert die Bürde des Tagewerk. Das sind einige wenige Gesichtspunkte aus dem anregenden und mit vielen eindrucksvollen Bildern geschmückten Artikel von Geh. Rat Prof. W. Franz, Berlin-Charlottenburg, „Baut schöne Arbeitsstätten" mit dem „Der Werksleiter", Halbmonatsschrift für neuzeitliche Fabrikanlage, Betriebsführung und Organisation (Schriftleitung Dr. Ing. Richard Koch und Dr. Ing. Otto Kienzle, Berlin, Verlag Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart) sein wieder sehr reich gehaltenes Heft 18 (zweites Septemberheft) einleitet. Neben diesem führenden Aufsatz finden sich noch vielseitig illustrierte Berichte über Produktionsbeschleunigung in der keramischen Industrie. Von Direktor Walter Pohl, Dresden. Lattenverschläge, Amerikanische Untersuchungen. Das Kraftfahrzeug im Dienste der Geschäftsreklame. Von Direktor W. Renner, Berlin-Lankwitz. Selbstentzündung von Tertilien. Von Ingenieur P. M. Grempe, Berlin-Friedenau, und praktische Hinweise in den Rubriken: Praktischer Ratgeber; Technische Rundschau; Betriebsführung und Organisation; Sozialpolitische Umschau. Die Zeitschrift ist durch jede Buchhandlung zu beziehen, Abonnementspreis vierteljährlich Mk. 5.—, Einzelheft Mk. 1.—.

**Gesetz über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses** (Vergleichsordnung) vom 5. Juli 1927 von Bücherrevisor und Konkursverwalter Walther Winkler, Dresden, Verlagsanstalt Ernst Reuckisch i. Freiburg Sa. 48 Seiten oktav. Geheftet RM. 2.—. Dieses stark umstrittene Gesetz, welches für das Wirtschaftsleben von allergrößter Bedeutung ist, trat am 1. 10. 1927 in Kraft und löst die Verordnung über die Geschäftsaufsicht ab. Der Verfasser, als Sanierungsfachmann weit bekannt, ist allen Lesungen dieses neuen Gesetzes und den Beschlüssen des Ausschusses für Rechtspflege genau gefolgt. Auf Grund seiner reichen Erfahrungen hat er den Gesetzestext mit kurzen aber sachlichen und klaren Erläuterungen versehen und so eine Ausgabe geschaffen, die nicht nur für den Fachmann, sondern besonders auch für den Laien zugeschnitten ist. Muster für Anträge und Vergleichsvorschläge erhöhen den Wert des Buches, welches zur Anschaffung für jeden Praktiker und jeden Geschäftsmann warm zu empfehlen ist.

**Die Schäden der sozialen Versicherungen und Wege zur Besserung.** Von Dr. med. Erwin Liek-Danzig. J. F. Lehmanns Verlag, München. 1927. Kart. Mk. 3.—, gebd. Mk. 4.00 Dr. Liek, der berühmte Danziger Chirurg, dessen Werk „Der Arzt und seine Sendung" gewaltiges Aufsehen erregte, — erlebte es doch in weniger als Jahresfrist 5 starke Auflagen — greift jetzt erneut zur Feder, um zur sozialen Versicherung grundsätzlich Stellung zu nehmen. Die Einsichtigen unter Ärzten wie unter Kassenvorständen wissen längst, daß hier Schäden bestehen, die abgestellt werden müssen. Der Wert von Liek's Schrift liegt in der schonungslosen Offenheit, mit der die schweren Mißstände unserer sozialen Versicherungen aufgedeckt werden, und in dem Mut, aus den harten Tatsachen die einzig logische Forderung zu ziehen: Die Ärzte, die im Bereich der sozialen Versicherung arbeiten, sind zu verstaatlichen. Neben diesem Hauptsatz, der eingehend begründet wird, treten die anderen Forderungen des Verfassers in den Hintergrund, so wichtig sie im einzelnen auch erscheinen: Strenge Begrenzung der Krankenversicherung auf die Unbemittelten, Vereinfachung und Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungen, Dezentralisierung des Krankenhauswesens, usw. Daß die heutigen Zustände völlig unhaltbar sind, wird von keiner Seite bestritten. Andererseits ist die Stellung der deutschen Ärzte zu den sozialen Versicherungen, insbesondere zur Krankenversicherung, heute keine Nebenfrage mehr, wie zu Anfang des Jahrhunderts, sondern eine Lebensfrage; sind doch heute z. B. ungefähr zwei Drittel des ganzen deutschen Volkes Krankenkassenmitglieder. Ebenso sind, von Ausnahmen abgesehen, fast alle deutschen Ärzte Kassenärzte. Unter dem Eindruck der Liekschen Schrift wird jedenfalls die Neugestaltung unseres Versicherungswesens baldigst in Angriff genommen werden müssen.

---

### Düsseldorfer Kurenbörse.

tu **Düsseldorf**, 18. Okt. **(Tel.)** Die Düsseldorfer Börse konnte sich naturgemäß dem Eindruck der verflauten Berliner Marktes nicht entziehen. Immerhin zeigten sich hier auf der ermäßigten Basis gute Käufe, so daß man von einer gewissen Widerstandsfähigkeit sprechen kann. Von Kohlenwerten wurden hier Diergardt und Niederrheinische Bergwerk zu letzten Kursen bezahlt. Ewald-Kuxe wurden auf leicht ermäßigter Basis von interessierter Seite aus dem Markt genommen. Lothringen waren etwa 5 Prozent und Dahlbusch etwa 3 Prozent niedriger. Im Handel von Braunkohlenwerten gingen Zukunftsaktien zu letzten Preisen um. In Kaliktuxen war die Umsatztätigkeit gering. Burbach, Günthershall und Volkenroda waren im Verkehr. Lebhafter wurden Kaliaktien umgesetzt. Hier mußten sich Kaliindustrie eine Einbuße von etwa 4 Prozent, Krügershall und Niedersachsen von 3 Prozent und Wittekind eine solche von 2 Prozent gefallen lassen. Von sonstigen Werten wurden Uerdinger Waggon und Kabelwerke Rheydt auf ermäßigter Basis gehandelt. Schachtleben gingen zu letzten Preisen um, ebenso wurden Schöndorff auf ungefähr letzter Basis gehandelt.

### Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich**, 18. Okt. **(Tel.)** Berlin 123,83½; Wien 73,15; Prag 15,36½; Holland 208,50; Newyork 5,18½; London 25,24¼; Paris 20,25; Italien 28,34; Brüssel 72,20; Kopenhagen 139; Stockholm 139,60; Oslo 136,70; Madrid 88,72½.

tu **Amsterdam**, 18. Okt. **(Tel.)** London 12,10½; Berlin 59,37½; Paris 9,75; Schweiz 47,94; Wien 35,05; Kopenhagen 66,60; Stockholm 66,92½ Oslo 65,52½; Newyork 2,48 39/64; Brüssel 34,61; Madrid 42,54; Italien 13,59.

### Warenmärkte.

#### Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg**, 18. Okt. **(Tel.)** Kaffee: Der Markt war bei unbedeutenden Umsätzen wesentlich ruhiger, doch blieben die Lokopreise noch unverändert. Brasilien erhöhte seine Forderungen teilweise bis um 1 Sh. Kakao: Bei fester Tendenz war die Nachfrage des Konsums eher etwas reger. Accra good fermented loko notierten 68—71, Abladungsware 69—66,6; bahia superior loko 71,6; Oktober-November 67; thomee superior loko 72; Oktober-November 70,6; trinidad Plantation loko 73; Abladungsware 71—72; superior epoca ariba loko 82—83. Die übrigen Preise unverändert. Preise unverändert. Reis: Das Geschäft wies auch heute keine Belebung auf; doch hörte man wieder unveränderte Forderungen. Auslandszucker: Unter dem Einfluß der festeren amerikanischen Notierungen war der Markt stetig. bei sehr kleinem Geschäft. Es werteten Tschechische Kristalle Feinkorn Oktober 14,9¾—14,11¼; November-Dezember 14,0¾—14,5¼ je 50 Kilo, Java 25 14,5¼—14,6¾. Schmalz: Tendenz stetig bei unveränderten Preisen. Getreide: Die Stimmung des Marktes blieb weiter abwartend. Das Geschäft war bei unveränderten Preisen gering. Mehl: Tendenz ruhig, Preise gegen gestern unverändert. Hülsenfrüchte: Für Erbsen erhielt sich auch heute noch Interesse, während die übrigen Artikel vernachlässigt waren. Preise unverändert Futtermittel: Der Markt lag unverändert ruhig, das Geschäft war bei behaupteten Preisen klein. Oel und Fette: Das Geschäft blieb bei gehaltenen Preisen klein. Chemikalien: Die Tendenz des Marktes war bei unveränderten Preisen ruhig. Paraffin und Wachs: Der Markt zeigte bei unveränderten Preisen ruhige Tendenz.

#### Metallnotierungen.

tu **Berlin**, 18. Okt. **(Tel.)** Gold 2,82; Silber 0,075; Platin 8,00

tu **Berlin**, 18. Okt. **(Tel.)** Kupfer: Oktober Geld 111,5, Brief 112,5; November Geld 112, Brief 112,5; Dezember Geld 112,5, Brief 112,75; Januar Geld 112,75, Brief 112,75; Februar bez. 113, Geld 112,75, Brief 113; März bez. 113,25, Geld 113, Brief 113,25; April Geld 113, Brief 113,5; Mai Geld 113,25, Brief 113,75; Juni Geld 113,25, Brief 114; Juli Geld 113,5, Brief 114; August Geld 113,75, Brief 114; September bez. 114, Geld 114, Brief 114,25. Tendenz: schwächer. Blei: Oktober Geld 41,5, Brief 42,75; November Geld 42, Brief 42,25; Dezember Geld 42,25, Brief 42,5; Januar bez. 42,5, Geld 42,25, Brief 42,5; Februar Geld 42,25, Brief 42,75; März Geld 42,5, Brief 42,75; April Geld 42,5, Brief 42,75; Mai Geld 42,5, Brief 42,75; Juni Geld 42,5, Brief 43; Juli Geld 42,75, Brief 43,25; August Geld 42,75, Brief 43,25; September Geld 43, Brief 43,25. Tendenz: schwächer. Zink: Oktober Geld 54, Brief 55,25; November Geld 54, Brief 54,75; Dezember Geld 54, Brief 54,75; Januar Geld 53,75, Brief 54,5; Februar Geld 53,75, Brief 54,5; März Geld 54,75, Brief 54,5; April Geld 54, Brief 54,5; Mai Geld 53,75, Brief 54,5; Juni Geld 53,5, Brief 54,5; Juli Geld 53,25, Brief 53,75; August Geld 53,5, Brief 53,5; September Geld 53,25, Brief 53,5. Tendenz: lustlos.

tu **Hamburg**, 18. Okt. **(Tel.)** Silber: Brief 78; Geld 77; Zink: Brief 55,25; Geld 54. Terminnotierungen. Kupfer: Oktober Brief 114; Geld 113; November Brief 114; Geld 113; Dezember Brief 114; Geld 113,75; Januar Brief 114,50; Geld 113,75; Februar Brief 114,75; Geld 114; März Brief 114,75; Geld 114; April Brief 115; Geld 114,25; Mai Brief 115,25; Geld 114,50; Juni Brief 115,50, Geld 114,75; Juli Brief 115,50; Geld 114,75; August Brief 115,50; Geld 114,75; September Brief 115,50; Geld 115; Tendenz: still. Zinn: Oktober Brief 534; Geld 526; November Brief 531; Geld 525; Dezember Brief 528; Geld 523; Januar Brief 527; Geld 522; Februar Brief 526; Geld 521; März Brief 525; Geld 520; Tendenz: ruhig.

tu **London**, 18. Okt. **(Tel.)** Schluß. Kupfer-Standard per Kasse 55—55 1/16; per 3 Monate 55 1/16—55 3/16; Elektrolytkupfer 62,25—62,75; Best Selected 61,75—63; Zinn Standard per Kasse 261,75—261¾; per 3 Monate 258⅝—258,75; Blei per Kasse 20,75; per 3 Monate 21; Zink per Kasse 27 ,25; per 3 Monate 26⅞; Silber per Kasse 25 5/16; per 3 Monate 26.

### Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

| Chicago | 18. 10. | 17. 10. | | 18. 10. | 17. 10. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen Mai | 132²/₈ | 135¹/₄ | Hafer Mai | 49 | 49¹/₂ |
| „ Dez. | 127⅝ | 129³/₄ | „ Dez. | 45⁷/₈ | 46¹/₄ |
| „ März | 130¹/₂ | 133 | „ März | 48¹/₈ | 48⁸/₈ |
| Mais Mai | 90⁵/₈ | 92¹/₈ | Roggen Mai | 100¹/₈ | 101¹/₂ |
| „ Dez. | 84⅜ | 86³/₄ | „ Dez. | 96¹/₂ | 96⁷/₈ |
| „ März | 88¹/₈ | 90¹/₈ | „ März | 98¹/₂ | 100¹/₈ |

| New-York | 18. 10. | 17. 10. | | 18. 10. | 17. 10. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen Domestic | | | Weizen Bonded | | |
| Sept. | — | — | Okt. | 139 | 143⁷/₈ |
| Dez. | 129⁵/₈ | 131¹/₈ | Dez. | 134⅜ | 137⅞ |

Locopreise.

| Chicago | 18.10. | 17.10. | New-York | 18.10. | 17.10 |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | | | Weizen | | |
| Rot. Som.Wint. Nr. 2 | — | 137 | Manitoba Nr. 1 | 162¹/₂ | 167¹/₄ |
| Hart. „ „ „ | 129¹/₄ | 130¹/₂ | Rot Som.-Wint. Nr. 2 | 145⅝ | 145³/₄ |
| Gemischter Nr. 2 | — | — | Hart. „ „ „ | 139¹/₄ | 141¹/₄ |
| Hart. Som.-Wint. Nr. 3 | 129 | 130 | Mais, neu ank. Ernte | 93⅜ | 95⁵/₄ |
| Mais, geld Nr. 2 | 87¹/₂ | 88¹/₂ | Roggen, Nr. 2 fob. N.Y. | 108 | 109¹/₂ |
| Hafer, weiß Nr. 2 | 49¹/₂ | 50¹/₂ | Gerste, Malting | 91 | 92 |
| Roggen, Nr. 2 | — | 101⁵/₈ | Mehl, Spring wheat | 665— | 665— |
| Gerste, Malting | 75-86 | — | clears[4]) | 700 | 700 |

| Frachten: | 18. 10. | 17. 10. |
|---|---|---|
| Fracht nach England[2]) | 2,6—3,6 | 26—3,9 |
| „ „ Kontinent[3]) | 10—12 | 10—12 |

Anmerkung: [1]) Per 196 lbs. [2]) In Shilling und Pence per 480 lbs [3]) In Dollarcents per 100 lbs.

### Baumwollnotierungen.

tu **Bremen**, 18. Okt. **(Tel.)** Terminschlußkurse: Oktober —; Dezember 22,60;—22,72; Januar 22,60—22,64; März 22,60—22,64; Mai 22,58—22,63; Juli 22,55 Brief; Tendenz: stetig.

tu **Liverpool**, 17. Okt. **(Tel.)** Schluß. Oktober 11,10; Dezember 11,08; Januar 11,10; März 11,08; Juli 10,98; Tendenz: stetig. Umsätze 12 000.

tu **Newyork**, 18. Okt. **(Tel.)** Eröffnung. Oktober 20,68; Dezember 20,75—20,80; Januar 20,75—20,78; März 20,88—20,92; Mai 21,06—21,07; Juli 20,93—20,94; Tendenz: stetig.

tu **Newyork**, 18. Okt. **(Tel.)** Zweites. Oktober 20,69; Dezember 20,74; Januar 20,76; März 20,93; Mai 21,11; Juli 20,97; Tendenz: stetig. (Zufuhr 80 000.)

















